Kleine Anfrage

des Abg. Ruben Rupp AfD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen**

Das Onlinezugangsgesetz und die digitale Verwaltung in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die verschiedenen Verwaltungsportale von Bund, Ländern und Kommunen interoperabel zu gestalten und Plattformen technisch sowie organisatorisch miteinander zu verknüpfen, unter Angabe der genutzten Plattformen?
2. Über welche eigenständigen digitalen Verwaltungsportale verfügt das Land und wie wird sichergestellt, dass diese mit den bundesweiten Plattformlösungen kompatibel sind?
3. Existiert auf Landes- oder Kommunalebene ein KI-gestützter Assistent oder Berater, der Bürger durch Verwaltungsdienstleistungen navigiert, unter Angabe welche Systeme verwendet werden und wie deren Weiterentwicklung erfolgt?
4. Ist nach Einschätzung der Landesregierung die vorhandene Rechenkapazität ausreichend, um der steigenden Nachfrage nach digitalen Verwaltungsleistungen gerecht zu werden?
5. Wie häufig kommt es im Schnitt jährlich zu Wartungszeiten, Ausfällen oder Störungen der digitalen Verwaltungsportale, unter Angabe welche Strategien zur Minimierung solcher Unterbrechungen existieren?
6. Nach welchem System oder welchen Kriterien werden die einzelnen „Digitalisierungsstufen“ erhoben und bewertet?
7. In welchem Umfang sind die Verwaltungsleistungen auf Landesebene im Sinne des Onlinezugangsgesetzes bereits digitalisiert, unter Angabe auf welcher Digitalisierungsstufe (zum Beispiel reine Online-Information, digitales Antragsformular mit Medienbruch, teildigitale Bearbeitung oder vollständige Ende-zu-Ende-Digitalisierung ohne Medienbruch) sich diese Leistungen jeweils befinden und wie hoch der Anteil der Leistungen ist, die flächendeckend vollständig digital und ohne Medienbrüche angeboten werden?

Eingegangen: 5.5.2025 / Ausgegeben: 4.6.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. Wie bewertet die Landesregierung den aktuellen Stand der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen auf Landesebene sowie innerhalb der Kommunen?
9. Welche konkreten Erwartungen verbindet die Landesregierung mit der Einrichtung eines eigenständigen Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, insbesondere im Hinblick auf die Weiterentwicklung und Beschleunigung der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen?

29.4.2025

Rupp AfD

Begründung

Mit dem am 14. August 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtete sich der Staat, seine Verwaltungsleistungen bis spätestens Ende 2022 auch digital über Verwaltungsportale zugänglich zu machen (§ 1 OZG). Ziel war es, Bürgern sowie Unternehmen einen einfachen, nutzerfreundlichen und medienbruchfreien Zugang zu staatlichen Dienstleistungen zu ermöglichen. Die Leistungen sollten dabei nicht nur digital beantragbar, sondern auch Ende-zu-Ende digital bearbeitet und abgeschlossen werden können.

Nach aktuellem Stand ist dieses Ziel weder auf Bundes- noch auf Landesebene flächendeckend erreicht worden. Laut dem Dashboard Digitale Verwaltung, welches einen Überblick zum Status wichtiger Vorhaben zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland gibt, wird die flächendeckende Verfügbarkeit aller OZG-Leistungen sowie Verwaltungsleistungen in Baden-Württemberg als niedrig eingestuft (Quelle: dashboard.digitale-verwaltung.de).

Vor diesem Hintergrund soll die Kleine Anfrage klären, auf welchem Digitalisierungsstand sich die Verwaltungsleistungen im Land befinden, wie medienbruchfreie Prozesse gefördert werden und welche Strategie die Landesregierung für die Zukunft verfolgt.

Antwort

Mit Schreiben vom 28. Mai 2025 Nr. IM5-0274.5-98/1/2 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die verschiedenen Verwaltungsportale von Bund, Ländern und Kommunen interoperabel zu gestalten und Plattformen technisch sowie organisatorisch miteinander zu verknüpfen, unter Angabe der genutzten Plattformen?*
2. *Über welche eigenständigen digitalen Verwaltungsportale verfügt das Land und wie wird sichergestellt, dass diese mit den bundesweiten Plattformlösungen kompatibel sind?*

Zu 1. und 2.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 und 2 gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung Baden-Württemberg engagiert sich im IT-Planungsrat und seinen assoziierten Gremien durch das Setzen von technischen und organisatorischen Standards, um die verschiedenen Verwaltungsportale von Bund, Ländern und Kommunen interoperabel – also vereinbar, miteinander kompatibel – zu gestalten.

Für digitale Verwaltungsleistungen bietet das Land das zentrale Portal service-bw inklusive der Plattform für Onlinedienste, den sogenannten OZG-Hub, an. Service-bw wird vom Innenministerium als zentrales E-Government-Portal des Landes betrieben und kontinuierlich weiterentwickelt. Die Plattform erfüllt die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und orientiert sich an der OZG-Rahmenarchitektur sowie der föderalen Digitalstrategie. Service-bw und der OZG-Hub ermöglichen die technische und organisatorische Verknüpfung der Behörden mit den föderalen IT-Komponenten durch standardisierte Schnittstellen und föderale Nachnutzung. Zu den angebotenen föderalen IT-Komponenten und verknüpften Plattformen gehören folgende:

- *Informationsplattform Portalverbund Online-Gateway (PVOG)*: Der Portalverbund sorgt ebenenübergreifend für die Information über Lebenslagen, Leistungen und Zuständigkeiten.
- *Identitäts- und Kommunikationsplattform*:
 - o Unternehmenskonto (MUK): Zentrales Nutzerkonto für juristische Personen,
 - o BundID: Zentrales Nutzerkonto für natürliche Personen,
 - o Postfachkomponenten von BundID, MUK und des besonderen elektronischen Behördenpostfachs (beBPo).
- *Zahlungsplattform*: Für sicheres E-Payment mit ePayBL u. a.
- *Once-Only-Plattform NOOTS*: Eine Schnittstelle für den Austausch von Registerdaten (Projekt/im Aufbau).
- *Transportplattform FIT-Connect*: Ein API-Gateway, das den Zugriff auf verschiedene Dienste und Datenquellen (auch Parameter für Onlinedienste) ermöglicht und dabei Sicherheits- und Authentifizierungsmechanismen implementiert. Über FIT-Connect können auch Enterprise-Resource-Planning-Systeme (ERP-Systeme) von Unternehmen Daten vollautomatisch mit der Verwaltung austauschen.
- *Evaluationsplattform*: Eine bundesweit einheitliche Nationale Feedback-Komponente (NFK) und Zentrale Statistik-Komponente (ZSK) als Feedback- und Evaluationsinstrumente.
- *Geodigitalisierungskomponente*: Diese dient der Einbindung von Karten in Onlinedienste.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zu Ziffer 10 der Drucksache 17/7146 verwiesen.

3. *Existiert auf Landes- oder Kommunalebene ein KI-gestützter Assistent oder Berater, der Bürger durch Verwaltungsdienstleistungen navigiert, unter Angabe welche Systeme verwendet werden und wie deren Weiterentwicklung erfolgt?*

Zu 3.:

Die Landesregierung setzt sich gezielt mit Zukunftstechnologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) auseinander und erprobt deren Einsatz. Beispielhaft erwähnt werden kann der auf künstlicher Intelligenz basierende Chatbot „Corey“, der im Jahr 2020 eingesetzt wurde, um Fragen der Bürgerinnen und Bürger zum Coronavirus und der Corona-Verordnung zu beantworten (vgl. hierzu Drucksache 16/9610, Ziffer 6).

Im Bereich der digitalisierten Verwaltungsleistungen geht es insbesondere darum, attraktive Angebote zu schaffen, die die Bürgerinnen und Bürger unterstützen bzw. die Verwaltung entlasten können. Eine wesentliche Herausforderung bei KI-gestützten Assistenten liegt darin, die KI-Unterstützung rechtssicher und datenschutzkonform auszugestalten. Ein KI-gestützter Assistent oder Berater, der Bürgerinnen oder Bürger durch Verwaltungsdienstleistungen navigiert, kann jedoch, das zeigen weltweite Pilotprojekte, mit einer nicht geringen Wahrscheinlichkeit falsche Antworten geben oder sogar zu strafrechtlich relevantem Verhalten raten.

Daher lässt die Landesregierung für diesen speziellen Anwendungsfall besondere Vorsicht walten.

Bezüglich der Nutzung von KI in der öffentlichen Verwaltung wird auf die Drucksache 17/4835, Ziffer 3, und die Drucksache 17/4894, Ziffer 14, verwiesen. Darüber hinaus liegen der Landesregierung keine gesicherten, aktuellen Erkenntnisse zu KI-Unterstützung auf kommunaler Ebene vor.

4. Ist nach Einschätzung der Landesregierung die vorhandene Rechenkapazität ausreichend, um der steigenden Nachfrage nach digitalen Verwaltungsleistungen gerecht zu werden?

Zu 4.:

In Bezug auf die Umsetzung digitaler Verwaltungsleistungen im Rahmen des OZG ist nach Einschätzung der Landesregierung die vorhandene Rechenkapazität ausreichend. Derzeit werden mit den vorhandenen Rechenkapazitäten ca. eine Million Onlineanträge pro Jahr vollständig abgeschlossen.

5. Wie häufig kommt es im Schnitt jährlich zu Wartungszeiten, Ausfällen oder Störungen der digitalen Verwaltungsportale, unter Angabe welche Strategien zur Minimierung solcher Unterbrechungen existieren?

Zu 5.:

Die Plattformen des Landes werden seit vielen Jahren stabil und zuverlässig betrieben. Aufgrund der stetigen Weiterentwicklung und damit Veränderung der E-Government-Infrastruktur können keine über mehrere Jahre hinweg vergleichbaren Mittelwerte angegeben werden. Bei der agilen Weiterentwicklung der Plattformen werden mehrmals pro Jahr kurze Wartungsfenster geplant. Innerhalb der letzten zwölf Monate entfielen auf service-bw neunundzwanzig geplante Wartungsfenster, und auf den OZG-Hub entfielen fünfundzwanzig geplante Wartungsfenster. Bei service-bw sind in den letzten zwölf Monaten keine und beim OZG-Hub fünf temporären Störungen der Verfügbarkeit der Plattform an sich bekannt, die kurzfristig behoben werden konnten. Vollständige Ausfälle von service-bw und dem OZG-Hub sind in den letzten zwölf Monaten keine bekannt. Strategien zur Minimierung der kurzen Unterbrechungen sind jeweils im vertraulichen Sicherheitskonzept dokumentiert.

Über die Verfügbarkeiten der angebundenen föderalen IT Komponenten Dritter (vgl. Antworten zu den Fragen 1 und 2) liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

6. Nach welchem System oder welchen Kriterien werden die einzelnen „Digitalisierungsstufen“ erhoben und bewertet?

Zu 6.:

Das sogenannte OZG-Reifegradmodell des Bundes gibt eine Orientierung, welchen Digitalisierungsgrad eine Verwaltungsleistung erreichen muss, um die Vorgaben des OZG zu erfüllen. Es dient den Behörden als Grundlage für die Bewertung der OZG-Konformität ihrer bestehenden und geplanten Onlinedienste. Das Reifegradmodell misst die Onlineverfügbarkeit auf einer Skala von 0 bis 4. Die Verwaltungsleistungen, die den Reifegrad 2 erreicht haben, sind als Antrag digital verfügbar. Eine vollständige digitale Abwicklung ist ab Reifegrad 3 möglich. Dies umfasst den Antragsprozess, die Authentifizierung, die Nachweisübermittlung sowie die digitale Zustellung des Bescheides, sofern die Nutzerin oder der Nutzer einen entsprechenden digitalen Rückkanal eröffnet. In Stufe 4 müssen von den Antragstellenden keinerlei Nachweise mehr erbracht werden, die der Verwaltung bereits vorliegen (sogenanntes Once-Only-Prinzip).

7. *In welchem Umfang sind die Verwaltungsleistungen auf Landesebene im Sinne des Onlinezugangsgesetzes bereits digitalisiert, unter Angabe auf welcher Digitalisierungsstufe (zum Beispiel reine Online-Information, digitales Antragsformular mit Medienbruch, teildigitale Bearbeitung oder vollständige Ende-zu-Ende-Digitalisierung ohne Medienbruch) sich diese Leistungen jeweils befinden und wie hoch der Anteil der Leistungen ist, die flächendeckend vollständig digital und ohne Medienbrüche angeboten werden?*

Zu 7.:

Die Verwaltungsleistungen stehen in unterschiedlichen Reifegraden zur Verfügung. Im Bereich der Einer-für-Alle-(kurz: EfA-)Nachnutzungsdienste, wie beispielsweise dem in Baden-Württemberg entwickelten Onlinedienst i-Kfz 4, die elektronische Wohnsitzanmeldung oder die Onlinedienste eWaffe und Ehe-Online, werden Antragsdaten direkt in Fachverfahren übermittelt und können digital von der Vollzugsbehörde weiterbearbeitet werden. Die Rückmeldung an die Bürgerin oder den Bürger erfolgt teilweise digital oder analog.

Die Entwicklung einer Gesamtübersicht, in welchem Umfang die Verwaltungsleistungen auf Landesebene im Sinne des (2024 novellierten) OZG bereits digitalisiert sind, unter Angabe, auf welcher Digitalisierungsstufe sich diese Leistungen jeweils befinden und wie hoch der Anteil der Leistungen ist, die flächendeckend vollständig digital und ohne Medienbrüche angeboten werden, verfolgt das Innenministerium im Rahmen des Projektes „eGov-Explorer“.

8. *Wie bewertet die Landesregierung den aktuellen Stand der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen auf Landesebene sowie innerhalb der Kommunen?*

Zu 8.:

Im vergangenen Jahr konnte die OZG-Umsetzung in Baden-Württemberg stark vorangetrieben werden. Das Angebot an Onlinediensten auf und über service-bw, welche durch die Kommunen aktiviert werden können, wird stetig ausgebaut. Aktuell stehen für 225 OZG-Leistungsbündel, die wiederum mehrere digitale Verwaltungsleistungen enthalten, entsprechende Online-Angebote zur Verfügung. In Baden-Württemberg sind somit bislang über 800 Onlinedienste umgesetzt. Im April 2025 wurden mehr als 90 000 digitale Anträge über service-bw gestellt. Darunter befinden sich auch Online-Zulassungsanträge (i-Kfz) und Elterngeldanträge, die das Land im Rahmen der Nachnutzung als Service auch für andere Länder erbringt. Insbesondere für EfA-Onlinedienste aus anderen Ländern hat Baden-Württemberg mehrere Nachnutzungsverträge unterzeichnet und befindet sich in Verhandlungen zur Nachnutzung weiterer Onlinedienste.

In Bezug auf die flächendeckende Verfügbarkeit der 15 Fokusleistungen, die im Jahr 2023 vom IT-Planungsrat beschlossen wurden, liegt Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern auf Platz zwei (10 Fokusleistungen mit Flächendeckung > 50 %) nach Berlin und Hamburg, die beide den ersten Platz einnehmen (jeweils 11 Fokusleistungen). Bei den beiden Erstplatzierten handelt es sich jedoch um Stadtstaaten, die mit der Anbindung einer Behörde bereits 100 % Flächendeckung erlangen und somit deutliche Vorteile gegenüber Flächenländern wie Baden-Württemberg mit 1 101 Städten und Gemeinden haben. Um den weiteren Rollout der Onlinedienste in der Fläche des Landes voranzutreiben und die Flächendeckung auszuweiten, wurde eine Rollout-Einheit beim kommunalen IT-Dienstleister Komm.ONE AöR aufgebaut. Diese unterstützt die Landkreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg bei der Anbindung von Onlinediensten.

9. Welche konkreten Erwartungen verbindet die Landesregierung mit der Einrichtung eines eigenständigen Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, insbesondere im Hinblick auf die Weiterentwicklung und Beschleunigung der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen?

Zu 9.:

Vom eigenständigen Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) erwartet die Landesregierung insbesondere eine finanzielle Unterstützung der Länder seitens des Bundes, z. B. im Bereich der Fokusleistungen und der Leistungen im föderalen Interesse, um weitere Verwaltungsleistungen nach dem EfA-Prinzip digitalisieren zu können und um den flächendeckenden Rollout von (EfA-)Onlinediensten voranzubringen. Mit dem Zuschnitt und der Steuerbefugnis des BMDS verbunden ist zudem die Erwartung, dass sich der Bund noch stärker im Bereich der Standardisierung einbringt und einsetzt sowie Vorgaben macht, die die Interoperabilität aller Systeme insbesondere mit Blick auf die Anbindung von Fachverfahren, weiter verbessern. Mit den bestehenden, interoperabel gestalteten und föderal integrierten Plattformen service-bw und OZG-Hub ist das Land bestens für die erwartete Deutschland-Architektur vorbereitet.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD skizziert hierfür ein vielversprechendes Leitbild für eine vorausschauende, vernetzte, leistungsfähige und nutzerzentrierte Verwaltung – zunehmend antragslos, lebenslagenorientiert und rein digital („digital only“) mit gezielten Unterstützungsangeboten. Das Land wird sich konstruktiv bei der konkreten Ausgestaltung dieses Leitbildes und der Umsetzung zielgerichteter Lösungen einbringen.

In Vertretung

Krebs

Ministerialdirektor